



27.12.2006

Dieser Bürgermeister hat 1412 ABM-Stellen verschleudert

Weil sich das Bezirksamt Mitte mit der Arbeitsagentur nicht einigen konnte
Von BIRGIT BÜRKNER



Über 70 000 Menschen sind in Mitte arbeitslos gemeldet. Trotzdem hat das Jobcenter Mitte 1412 Stellen für ABM-Maßnahmen beziehungsweise Ein-Euro-Stellen in diesem Jahr nicht besetzt. "Die dafür vorgesehenen Mittel in Höhe von 2,8 Millionen Euro flossen jetzt zurück an die Regionaldirektion der Arbeitsagentur Berlin-Brandenburg", bestätigte Mittes Sozialstadträtin Miriam Scheffler (39, Grüne) der B.Z..



Trägervertretung hatte kein schlüssiges Konzept

Der Grund dafür war ein Streit in der Trägervertretung des Jobcenters, in der jeweils drei Mitglieder des Bezirksamtes und der Arbeitsagentur Mitte sitzen.

"Die Vertreter des Bezirksamtes und der Arbeitsagentur konnten sich nicht einigen, ob mehr ABM-Maßnahmen oder mehr Ein-Euro-Jobs von dem Geld geschaffen werden sollten."

Weil sie zu keiner Entscheidung kamen, gab es kein schlüssiges Konzept. Das hätte aber bis Ende September vorgelegt werden müssen. Das Geld war futsch.

"1412 Arbeitslose hätten in Beschäftigungsverhältnisse vermittelt werden können", räumt Scheffler ein.

Die Grünen-Fraktion sieht als Hauptverantwortlichen für diese Panne Christian Hanke (SPD), den jetzigen Bezirksbürgermeister von Mitte. Bis Oktober war er als Stadtrat für das Ressort Soziales zuständig. "Seine Abteilung hätte einen Kompromiss finden müssen", sagt Frank Bertermann von der Grünen-Fraktion im Bezirk.

Bezirksamt bedauert die Panne

"Aus purer Eitelkeit gab es keine Annäherung. Es ist ein Skandal, dass zur Verfügung stehende Mittel nicht abgerufen wurden. Viele Arbeitslose hätten gern wieder arbeiten wollen."

Das Bezirksamt entschuldigte sich inzwischen für den Vorfall. "Wir bedauern es außerordentlich, dass die Mittel nicht erfolgreich verplant und ausgegeben wurden", sagt die jetzige Sozialstadträtin Scheffler. "Beide Partner sind nun im Gespräch, wie ein Kompromiss aussehen könnte. Damit es nicht noch einmal zu einer solchen Situation kommt."



Bürgermeister beschuldigt Arbeitsagentur

Streit um die verschleuderten 2,8 Millionen Euro Fördermittel für Hartz-IV-Empfänger in Mitte

Von **BIRGIT BÜRKNER**

Der Millionen-Skandal vom Jobcenter Mitte. Weil sich Bezirksamt und Arbeitsagentur über die Förder-Maßnahmen nicht einigen konnten, verfielen 2,8 Millionen Euro. 1412 ABM-Stellen hätten davon finanziert werden können. Noch immer wird gestritten, wer die Schlaperei verbockt hat. Mittes Bürgermeister Christian Hanke (SPD), bis Oktober zuständiger Sozialstadtrat, gibt der Arbeitsagentur Mitte die Schuld. "Unser Vorschlag, von dem Geld unter anderem ABM-Stellen zu fördern, war nicht nur vernünftig, sondern hätte auch zeitnah umgesetzt werden können", betonte er gestern.

"Unrealistisches Konzept"

Das Konzept der Arbeitsagentur für das Jobcenter sah statt ABM-Stellen Qualifizierungs- und Trainingsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose vor. Hanke: "Unrealistisch. Ich bin dagegen, Geld in Maßnahmen zu stecken, die nichts bringen und zeitlich nicht steuerbar sind." Deshalb sei er auch nicht für einen Kompromiss bereit gewesen.

Die Arbeitsagentur Mitte verteidigt wiederum ihr vorgelegtes Konzept. "Um Menschen wieder in Arbeit zu bringen, ist Weiterbildung wirksamer als ABM", so Sprecherin Doris Ebert. "Außerdem hätten mehr Arbeitslose eingebunden werden können, denn sie ist auch billiger."

Fest steht, das Geld für 2006 ist weg. Die neue Sozialstadträtin von Mitte, Miriam Scheffler (39, Grüne) will nun fürs nächste Jahr Druck machen. "Bis Ende Januar soll die Planung vorliegen, damit beide Seiten einen Kompromiss finden können und nicht wieder Geld verloren geht."

29. Dezember 2006

Amt lässt 2,8 Millionen Euro verfallen

Streit in Jobcenter - Arbeitsagentur streicht Zuschuss

Von Thomas Fülling

Das Jobcenter Berlin-Mitte hat fast drei Millionen Euro verfallen lassen, weil sich die beteiligten Behörden nicht einigen konnten. Das Geld, so Doris Ebert, Sprecherin der Agentur für Arbeit, hätte etwa für Umschulungen, berufliche Qualifizierungen, Einstiegshilfen in neue Arbeit oder für so genannte Ein-Euro-Jobs eingesetzt werden können.



Rathaus-Chef Christian Hanke

Foto: SPD

"Bis zu 1500 Menschen hätten Arbeit oder wenigstens die Aussicht darauf erhalten können",

empört sich Stephan von Dassel, Bezirksverordneter der Grünen.

Als Hauptverantwortlichen für den Skandal hat seine Fraktion

den damaligen Sozialstadtrat und heutigen Bezirksbürgermeister Christian Hanke (SPD) ausgemacht. Hanke war und ist Mitglied der Vertreterversammlung, die über die Arbeit des Jobcenters wacht. Der SPD-Politiker, der sich in der BVV auf ein Zweckbündnis mit der PDS und der FDP stützt, weist die Vorwürfe der Grünen als "parteiliches Getöse jenseits fachlicher Kenntnisse" zurück. Konkret geht es um 2,85 Millionen Euro, die dem Jobcenter Mitte im Sommer aus Bundesmitteln zusätzlich in Aussicht gestellt worden waren. Über die konkrete Verwendung des Geldes konnte man sich in der Vertreterversammlung jedoch nicht einigen. Besetzt sind diese Versammlungen in Berlin paritätisch mit je drei Vertretern der Kommune (in dem Fall des Bezirks Mitte) und der in Bundeszuständigkeit liegenden Arbeitsagentur (früher Arbeitsamt). Während die kommunalen Vertreter eine Konzentration der Mittel auf sozialversicherungspflichtige Anstellungsverhältnisse wie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) oder Ein-Euro-Jobs (MAE) forderten, sprach sich die Arbeitsagentur für mehr Qualifizierung und die Zahlung von Job-Einstiegshilfen an Arbeitgeber aus. Eine klassische Patt-Situation. Die Bundesagentur für Arbeit zog daraufhin die Mittelzusage wieder zurück.

Bei der Suche nach dem Schuldigen werfen sich nun beide Seiten gegenseitig mangelnde Kompromissbereitschaft vor. "Wir waren zu jeder Zeit Gesprächsbereit", sagt Arbeitsagentur-Sprecherin Ebert. Es habe auch keine rigiden Einschränkungen gegeben, lediglich die Forderung, "das gesamte arbeitsmarktpolitische Instrumentarium" anzuwenden. Hauptziel sei aber die Vermittlung der Arbeitslosengeld-II-Empfänger in Lohn und Brot. ABM und MAE hätten sich dafür als wenig effektiv erwiesen.

Dem Streit droht nun gar eine Fortsetzung im nächsten Jahr. Denn auch der Mitteleinsatz für 2007 ist von der Vertreterversammlung noch immer nicht bestätigt. Dabei geht es um mehr als 67 Millionen Euro. Bürgermeister Hanke hält indes an seiner Auffassung fest: "Wir brauchen Langzeitarbeitslose nicht zum x-ten Mal in einen Lehrgang zu schicken, wo das Schreiben von Bewerbungen geübt wird." Nötig sei auch ein öffentlicher Beschäftigungssektor.